

ein paar Jahren umsonst ausgefolgt worden sind. Genau das Doppelte des wirklich eingezahlten Kapitals bringt ihr der Krieg in einem einzigen Jahre ein und dabei ist dies nicht einmal der ganze Nutzen, denn wie alle Kriegslieferanten ist sie bestrebt, nicht die wirklichen Gewinne vor der neidischen Welt aufzudecken. Was mag sie für Summen versteckt haben, wenn sie imstande ist, eine Automobilfabrik, die die größte der Monarchie werden soll, in einer Zeit der höchsten Löhne und Materialienpreise aus den Rücklagen zu bauen, wenn sie ohne Gelddeschaffungen Unternehmungen wie Sellar und Bellot und die Steierischen Gußstahlwerke erwerben konnte und nebenher noch 52 Millionen Kriegsanleihen gezeichnet hat, ohne einen Heller Kredit in Anspruch zu nehmen? Der Fiskus wird keine leichte Aufgabe haben, hinter die wahren Gewinne der Aktiengesellschaften zu kommen, die sich im Kriege an ihm bereichern. Er müßte ein Heer von Buchprüfern aufbieten, um in das kunstvolle Gewebe von Abschreibungen und Minderbewertungen einzudringen, von dem die Bilanzen der industriellen Unternehmungen umgeben sind. Wenn eine Gesellschaft einen Teil ihres Ertrages unauffällig verschwinden lassen will, dann braucht sie ihn nur zu verbauen. Auch die Waffenfabrik scheint nach diesem Rezept vorgegangen zu sein, denn wie wäre es sonst möglich, daß ihre Immobilien nur um 32 Millionen Kronen zugenommen haben in einem Jahre, in welchem sie mit dem Bau der Automobilfabrik erwerbend und einen Baugrund in der Herrngasse begonnen hat? Wer will da noch behaupten, daß die Industrie und insbesondere die Kriegsindustrie, zugrunde ginge, wenn der Staat bei der Besteuerung der Kriegsgewinner fester zugreifen wollte?

Lehrreich sind die Kommentare, die die Blätter zu der Bilanz veröffentlichten. Von den Gewinnen der Aktionäre wird die Aufmerksamkeit abgezogen, um dafür um so nachdrücklicher auf die Arbeitslöhne, die Steuerzuschläge, Ausspeisungskosten und andere Kriegskosten gelenkt zu werden. Es ist wirklich sehr bedauerlich, daß die Erhaltung der Arbeiter, ohne die nun einmal die Gewehre nicht erzeugt werden können, der Waffenfabrik größere Auslagen auferlegt als im Frieden. In allen Berichten der industriellen Unternehmungen kehrt jetzt die Klage wieder, daß die Arbeiter zu viel Geld kosten, daß die Löhne unausgesetzt steigen und dabei noch für die Beistellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen gesorgt werden müsse. Aber trägt wirklich der Unternehmer diese Lasten oder zahlt sie nicht vielmehr der Konsument? Was soll es heißen, daß die Verwaltungen neuestens einen Unterschied machen zwischen Löhnen und Steuerzuschlägen und die letzteren als besondere Post in die Bilanzen einstellen, als wären sie ein Wohltätigkeitsakt. Die Steuerzuschläge und alles, was die Arbeiter zu ihrer Ernährung erhalten, sind nichts anderes als ein Bestandteil des Arbeitslohnes und keine Verwaltung hat das Recht, diese Leistungen den Arbeitern vorzuenthalten. Das „Neue Wiener Tagblatt“ schildert voll Teilnahme, was die Waffenfabrik für ihre Arbeiter tue und erzählt bei diesem Anlaß, daß sie monatlich drei Viertelmillionen Kronen auf die Lebensmittel draufzahle. Wieviel diese Großmutter der Gesellschaft einbringt, dafür legen die 17 Millionen Reingewinn ein berechnetes Zeugnis ab.

Ohne ein Wort der Kritik nehmen die Zeitungen auch Notiz von dem Plane der Gesellschaft, das Aktienkapital durch Aufstempelung der Aktien um 50 Prozent zu erhöhen. Die Vorbeeren der Stoba-Werke lassen die Waffenfabrik nicht ruhen und sie möchte gleich diesen über ein höheres Aktienkapital verfügen, um unauffällig mit der Dividende hinaufgehen zu können. Aber wenn man bedenkt, wie derartige finanzielle Machenschaften auf den Effektenmarkt zurückwirken, wie sie die Leidenschaften aufpeitschen und den Uebermut der spielenden Menge anfeuern, dann wird man an solchen Plänen nicht gleichgültig vorübergehen können. Kapitalserhöhungen sollten grundsätzlich nur vorgenommen werden, wenn eine Gesellschaft Kapital beschaffen muß. Kapitalserhöhungen, die nur aus einer Umbuchung bestehen, haben keine Berechtigung und keine sachliche Unterlage. Ob es sich jetzt um die Ausgabe von Gratisaktien handelt oder um eine Aufstempelung, im Wesen besteht kein Unterschied und der Hauptgrund liegt immer in der leichteren spekulativen Beweglichkeit einer Aktie, deren prozentuelles Agio reduziert worden ist. Und wenn seinerzeit das Parlament über die Bewilligung der Gratisaktien der Waffenfabrik eine Debatte eröffnet und sie heftig mißbilligt hat, so sollte man erwarten, daß die Regierung für ähnliche Pläne nicht mehr zu haben sein sollte.

Die Bilanz der Waffenfabrik ist eine schwere Anklage gegen den Staat, der sich drei Jahre lang in seiner Bedrängnis von einem bedenkenlosen, nur auf den eigenen Vorteil bedachten Unternehmertum rücksichtslos hat ausbeuten lassen, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, sich aus dieser Umklammerung zu befreien. Das Kriegsteilnahmegesetz ist doch nicht bloß für den Arbeiter gemacht worden, sondern auch für den Unternehmer. Deshalb hat der Staat Unternehmungen wie die Waffenfabrik nicht übernommen und in eigener Regie geführt? Mag sein, daß die restlose Durchführung des Kriegsteilnahmegesetzes an der mangelnden Fähigkeit des Staates zur Führung der verschiedenartigsten industriellen und kaufmännischen Betriebe scheitern mußte, aber gerade die Waffenerzeugung war doch ein Gebiet, das in die militärische Interessenssphäre einschlug und zu dessen Leitung dem Staate Fachleute in genügender Zahl zur Verfügung stehen mußten. Der Einfluß des Finanzkapitals war auch in diesem Falle mächtiger als alle staatsfinanziellen Rücksichten. Und wenn sich die Waffenfabrik heute brüstet, daß sie dem Staate freiwillig Preisnachlässe angeboten habe, dann wird man die Verwunderung darüber nicht unterdrücken können, daß der Staat bisher Preise bezahlt hat, die selbst der Empfängerin zu hoch waren. Daß es die Friedenspreise waren, ist keine Rechtfertigung, denn der Preis steht immer in einer engen Beziehung zu dem Umfang der Produktion und auch an militärischer Stelle hätte man wissen müssen, daß ein Massenbetrieb mit sinkenden Herstellungskosten nicht auf jene Preise Anspruch erheben kann,

die in einer Zeit der Produktionsstodung bezahlt worden sind. Es ist ein schwacher Trost, daß sich der Staat im Wege der Steuern die Gewinne wieder holen werde. Wer die Finanzleute kennt, weiß, daß es keine leichte Aufgabe ist, ihnen die Beute wegzunehmen, wenn sie sie einmal in Sicherheit gebracht haben. Die Bodenkreditanstalt mag von der Waffentechnik wenig verstehen, in der Technik, Bilanzen zu verschleiern und Gewinne zu verstecken, ist sie dem Staate zweifellos überlegen.

Die Bilanz der Steyrer Waffenfabrik.

Herr Dr. Sieghart hat im vergangenen Jahre als Präsident der Waffenfabrik 443.000 Kronen bezogen. Nun ist er abgetreten und kein Nagel hat sich von der Stelle gerührt, die Waffenfabrik steht auf demselben Fleck, arbeitet fieberhaft bei Tag und Nacht und verdient Millionen auf Millionen. Da drängt sich die Frage auf, worin die „Mehrwertung“ des Präsidenten bestanden hat, für die er so über alle Begriffe fürsüchlich entlohnt worden ist. Er ist nicht mehr da und fehlt niemandem, hat nicht die kleinste Bude hinterlassen und wird ersetzt durch irgend einen anderen, den man ebensowenig vermissen wird, wenn er eines Tages zurücktreten sollte. Wenn ein Arbeiter erschöpft zusammenbricht, so spürt man dies im Betrieb weit mehr, als wenn ein Präsident abgeht, obschon der Arbeiter der Waffenfabrik nur einen Durchschnittslohn von 16 Kronen erhält, der Präsident aber nahezu eine halbe Million bezogen hat. Nichts kann greller die Ungerechtigkeit und den blutigen Dohn unserer Gesellschaftsordnung beleuchten als diese Gegenüberstellung.

Der Tantiemenskandal der Waffenfabrik ist übrigens nicht ohne Nachspiel geblieben. Die 515.000 Kronen, die der Verwaltungsrat mehr bezogen hat als ihm nach den Statuten zulassen und als ihm die Generalversammlung zugewilligt hatte, werden jetzt mit einjähriger Verspätung aufgestellt. Man erfährt, daß neben dem Verwaltungsrat noch ein Exekutivcomité bestanden hat, das zu Lasten des Unkostenkontos besondere Vergütungen erhielt. Seither ist nicht nur dieses Comité aufgelöst worden, sondern es hat auch der Verwaltungsrat nicht mehr den Mut gefunden, eine so aufreizend hohe Tantieme für sich in Anspruch zu nehmen. Großmütig hat er darauf verzichtet, sich seinen Gewinnanteil auch von den Kriegszuwendungen und den Rücklagen bezahlen zu lassen und so ist seine Tantieme auf 577.667 Kronen zurückgegangen, was wohl noch immer eine stattliche Summe ist, aber doch um eine Million Kronen weniger als im vorigen Jahre. Die Angelegenheit des Exekutivcomités kann freilich mit der Auflösung nicht abgetan sein. Hier hat sich der Fall ereignet, daß eine Verwaltung im Widerspruch mit den Statuten ein Einkommen bezogen hat, auf das sie keinen Anspruch besaß, das sie sich vielmehr eigenmächtig bewilligt hatte. Das mindeste, was man verlangen muß, ist, daß diese unrechtmäßigen Bezüge zurückgegeben werden, wenn schon nicht die Ueberschreitung der Machtbefugnisse eine strengere Ahndung erfahren sollte.

Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß sich die Waffenfabrik zu einer der mächtigsten kapitalistischen Organisationen entwickeln konnte. Mit ihren ausgedehnten Anlagen, die eine Stadt für sich sind, und mit ihren 15.000 Arbeitern zählt sie heute zu den größten Betrieben im Staate, obwohl sie mit einem verschwindend kleinen Aktienkapital ins Leben getreten ist. Was muß sie schon in den Friedensjahren am Staate verdient haben, wenn sie aus sich selbst heraus solche ungeheure Erweiterungsbauten ausführen konnte. Aus der Bilanz ergibt sich, daß sie im letzten Geschäftsjahr 174 Millionen Kronen verdient hat, bei einem Aktienkapital von 105 Millionen Kronen, von dem 21 Millionen Kronen den Aktionären vor